

- **Frauenarbeit: Vom Paternalismus zur positiven Diskriminierung** Seite 23
- **Termine** Seite 25

Chancengleichheit durch Kinderbetreuung



Wann soll Kinderbetreuung aus öffentlichen Mitteln gefördert werden?

Dem viel diskutierten Thema der Kinderbetreuung wenden sich Kreyenfeld/Spieß/Wagner in ihrem Buch aus einer grundsätzlichen Perspektive zu: Bevor über konkrete Probleme einer "bedarfsgerechten" Kinderbetreuung gesprochen werden kann, muss zuerst geklärt werden, welche sozial- und wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen hinter einem solchen bedarfsgerechten Angebot an Kinderbetreuung bzw. dessen Finanzierung stehen.

Die öffentliche Förderung von Kindertageseinrichtungen könne vor allem durch die Schaffung von Chancengleichheit für Kinder und für Frauen sowie durch das wirtschaftspolitische Ziel der Verbesserung der Humankapitalverteilung gerechtfertigt werden, erklärt das Autoren-Trio:

... Startchancengleichheit für Kinder sei deshalb ein Argument, weil eine gute institutionelle Betreuung vor dem Schuleintritt dazu beitragen könne, das Ziel der Chancengleichheit effektiver zu erreichen, betonen die Autoren unter Verweis auf Studien aus den USA und Deutschland.

... Die Gleichrangigkeit am Arbeitsmarkt von Frauen mit Männern hänge maßgeblich davon ab, dass Frauen nicht mehr den Löwenanteil familiä-

rer Pflichten tragen müssten. Einer der effektivsten Wege, dies zu erreichen, sei die Förderung institutioneller Kinderbetreuung.

... Und drittens müsse die institutionelle Kinderbetreuung mit ihrem "bildenden, erzieherischen und sozialisierenden Charakter als Investition in das Humankapital von Kindern verstanden werden." Dies werfe Erträge in Form einer höheren Produktivität und eines höheren Einkommens im späteren Erwerbsleben ab.

Nach der Grundsatzfrage, warum Kinderbetreuung öffentlich gefördert werden soll, wenden sich Kreyenfeld/Spieß/Wagner der Frage zu, welche Betreuungsqualität und welche Betreuungsquantität öffentlich gefördert werden sollen. Ihre Antworten:

... Hinsichtlich der qualitativen Anforderungen stehe die Unterstützung der kognitiven und sozialen Entwicklung der Kinder im Vordergrund.

... Hinsichtlich des zeitlichen Umfangs und der zeitlichen Flexibilität der Kinderbetreuung müsse gelten, dass Frauen damit ihre Erwerbsvorstellungen realisieren können. Institutionelle Kinderbetreuung, die positive Bildungs- und Sozialisati-

Fortsetzung

Studie

Chancengleichheit durch Kinderbetreuung

onseffekte bringe, aber nur wenige Stunden pro Tag umfasst, sei nicht ausreichend, um die Chancengleichheit von Frauen auf dem Arbeitsmarkt zu fördern.

Weil aus der Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen nicht nur ein öffentlicher, sondern auch ein privater Nutzen für die Eltern entsteht, sollen diese im Rahmen ihrer Zahlungsfähigkeit die Kosten für die Einrichtung "in begrenzter Weise" mitfinanzieren. Dies deshalb, so die Forscher, damit keine "soziale Entmischung" in den Kindertageseinrichtungen stattfindet.

Kritische Befunde präsentiert die Untersuchung bei der Analyse des Finanzierungs- und Organisationssystems der institutionellen Kinderbetreuung in Deutschland. Kinderbetreuungseinrichtungen werden einerseits über die kommunalen Budgets finanziert. Angesichts der notorischen Sparzwänge sind die Mittel zur Förderung von Tageseinrichtungen sehr begrenzt. Andererseits wird die Ausgestaltung des Angebots zentral geplant: Die Anforderungen und Bedürfnisse der Eltern finden kaum Eingang in die Gestaltung des Angebots.

Als problematisch schätzen die Forscher auch die unterschiedlichen Qualitätsstandards für Kinderbetreuungseinrichtungen und die mangelnden Rahmenbedingungen für eine fortlaufende Qualifizierung des Personals ein.

Zwar zeigen mehrere Untersuchungen, dass die pädagogischen Qualitätsstandards für positive Bildungs- und Sozialisierungseffekte ausreichend sind, die Beurteilung durch die Mehrzahl der (westdeutschen) Eltern ist jedoch negativ: Die Ganztagsbetreuung im Kindergarten und die

Betreuung in Krippe und Hort werden als schädlich für die Kinder eingestuft. "Insbesondere wenn das Ziel, Frauenerwerbstätigkeit zu fördern, ernst genommen wird, ist Aufklärungsarbeit über positive und negative Effekte der Ganztagsbetreuung von Kindern angebracht", fordern Kreyenfeld/Spieß/Wagner.

Generell müssten die institutionellen Rahmenbedingungen für Kinderbetreuung so gestaltet werden, dass von ihnen keine negativen Effekte auf die Erwerbstätigkeit von Frauen ausgehen. Dies sei jedoch in Deutschland nicht der Fall: Das Erziehungsgeld setze einerseits deutliche Anreize für Mütter, nicht erwerbstätig zu sein, andererseits würden (in Westdeutschland) Krippe, Hort und Ganztagsbetreuung im Kindergarten als Ausnahmeerscheinung betrachtet. Zur Unterstützung der Frauenerwerbstätigkeit wären zumindest "volle" Halbtagsbetreuungsplätze für Kinder (inklusive Mittagessen) sowie Ganztagsbetreuungsplätze notwendig.

**Info:**

Michaela Kreyenfeld/Katharina C. Spieß/Gert G. Wagner: Finanzierungs- und Organisationsmodelle institutioneller Kinderbetreuung. Analysen zum Status quo und Vorschläge zur Reform. Luchterhand 2001 ISBN 3-472-04518-3

Michaela Kreyengeld, Ruhr-Universität Bochum, Universitätsstraße 150, D-44780 Bochum
Tel.: +49/234/700-2371
Fax: +49/234/7094-247
E-Mail: michaela.kreyenfeld@rz.ruhr-uni-bochum.de



Studie

Frauenarbeit: Vom Paternalismus zur positiven Diskriminierung



Arbeitsteilung zwischen Frau und Mann erstrebenswert

In der Publikation der EU-Kommission "Veränderung der Arbeit und Wandel des Arbeitsrechts in Europa" werden die Ergebnisse der Arbeiten einer Expertengruppe vorgestellt, die sich mit der Zukunft des Arbeitsrechts befasst hat. Ein eigenes Kapitel ist dem Thema Frauenarbeit gewidmet, das auch in Zusammenhang mit der Entwicklung einer europäischen Sozialpolitik wieder deutlich an Aktualität gewonnen hat.

Die Veränderungen bei den Arbeitsverhältnissen in Gegenwart und Zukunft haben weitreichende Auswirkungen auf die Frauenarbeit. Die seit mehr als 30 Jahren fortschreitende Eingliederung von Frauen in die Arbeitswelt - vor allem in den skandinavischen Ländern und in Großbritannien - hat die Arbeitsmärkte unbestritten verändert. Während auf der einen Seite der wachsende Frauenanteil für die hohe Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht wurde, kam es andererseits zur Erprobung neuer Ansätze in der Gestaltung von Arbeitsverhältnissen - mit dem Ziel, eine zunehmende Gleichberechtigung von Männern und Frauen herzustellen. Die Experten zeigen auf, wie sich die Frauenarbeit in Europa seit Entstehen der Industriegesellschaft entwickelt hat und welche rechtlichen Rahmenbedingungen für Frauen galten - von der protektionistisch-paternalistischen Gesetzgebung des Industriezeitalters bis zum Konzept der "positi-

ven Diskriminierung" ab den 70er Jahren.

Gegenwärtig steht die verstärkte Einbindung von Frauen in die Erwerbssphäre unter dem Zeichen des Wandels, den neue Technologien und Produktionsmethoden hervorbringen. "Die neuen Arbeitsformen und -verträge sowie die atypischen Beschäftigungsverhältnisse (Teilzeit-, Saison- und Zeitarbeit, Heim- und Telearbeit) haben für Frauen ganz eigene Konsequenzen (...) Immerhin eröffnet die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes Frauen zugleich auch neue Arbeitsmöglichkeiten. Frauen sind eher als Männer bereit, auch sehr schlechte Arbeitsbedingungen und -verhältnisse hinzunehmen", heißt es im Expertenbericht.

Infolge von "Flexibilisierungsmaßnahmen", die immer höhere Anforderungen an Eigeninitiative und Selbstständigkeit, Anpassungsfähigkeit und Verfügbarkeit der Arbeitnehmer stellen, stehen Frauen wieder einmal vor der schwierigen Entscheidung: Entweder sie verzichten auf berufliches Weiterkommen und begnügen sich mit Arbeitsplätzen im unteren Segment, oder sie verzichten auf familiäre Verpflichtungen.

Die Experten wünschen sich daher ein Modell der Arbeitsteilung, "das Mann und Frau Zeit für ihr Privatleben ließe, ohne zugleich mit einem Verlust an sozialen Rechten verbunden zu sein. Solange befristete Arbeit und Teilzeitarbeit nicht mit der Anerkennung bzw. Wahrung aller



arbeits- und sozialrechtlichen Ansprüche einhergehen, solange sie einem Verzicht auf Karriere-möglichkeiten gleichkommen (...), wird es Frauen zwar gelungen sein, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, aber nur quasi als gegenüber männlichen Arbeitskräften benachteiligte gesellschaftliche Minderheit."

Die Experten fordern, dass das Arbeitsrecht die Gleichstellung von Mann und Frau zwar stets gewährleisten muss, dass dabei aber auch den Unterschieden - "dem Lebenszyklus sowie reproduktiven Aufgaben" - Rechnung getragen werden muss.

Neben gesetzlichen Maßnahmen empfehlen sie, finanzielle Anreize zur festen Anstellung junger Frauen zu schaffen, flächendeckend Kindertagesstätten einzurichten oder den Schulunterricht zeitlich auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes abzustimmen. Auch Quotenregelungen oder die bevorzugte Berücksichtigung von Frauen sollen dafür genutzt werden, um Frauen in Berufen zu fördern, in denen sie unterrepräsentiert sind.

Eine besondere Herausforderung ist in Zusammenhang mit der Frauenarbeit die Frage der Arbeitszeit: Auf der einen Seite kann eine Flexibilisierung den Bedürfnissen der Frauen entgegenkommen und damit ihre Beschäftigungschancen verbessern, auf der anderen Seite kann eine solche Flexibilisierung auch mit familiären Verpflichtungen kollidieren.

Ohne gesellschaftliche Veränderungen, so die Experten, droht letztlich eine erneute Marginalisierung der Frauen. Die gewerkschaftlichen und betrieblichen Organisationen - in denen Frauen

massiv unterrepräsentiert sind - sind daher aufgerufen, sich mit den neuen Herausforderungen und allen Fragen, die mit dem Geschlecht der Arbeitnehmer zusammenhängen, auseinander zu setzen. Bei der Ausarbeitung sozialer Bürgerrechte im Rahmen der Unionsbürgerschaft muss der Kampf gegen Diskriminierung unbedingt berücksichtigt werden, fordern die Experten.



Info:

Wandel der Arbeit, Frauenarbeit und Zukunft des Arbeitsrechts: die Geschlechterproblematik.
In: Schlussbericht der Europäischen Kommission: Veränderung der Arbeit und Wandel des Arbeitsrechts in Europa (1999)
ISBN 92-828-6807-9 (DE)

I. A. S., Novalisstraße 10, D-10115 Berlin
Tel.: +49/30/228-1047
Fax: +49/30/282-6378
E-Mail: eurocontact@ias-berlin.de

Ter m i n e

Veranstalter

Ort, Datum

Info

"JUMP IN" - Fachtagung für eine offene Berufswahl von jungen Frauen und Männern in Vorarlberg, Liechtenstein und St. Gallen

Frauenreferat der Vorarlberger Landesregierung, Gleichstellungsbüro Liechtenstein und Gleichberechtigungsstelle St. Gallen
Bettina Lanner, Landhaus, Römerstraße 15, 6901 Bregenz
Fax: +43/5574/511-24195
E-Mail: bettina.lanner@vorarlberg.at

Gösser Braugaststätte,
Anton-Schneider-Straße 1,
6901 Bregenz
21. Mai 2001, 14.00 Uhr

Ziel dieser Tagung ist es, neue Wege und Strategien zur Überwindung des geschlechtsspezifischen Berufswahlverhaltens von jungen Frauen und Männern aufzuzeigen.

Zukunft ohne Kinder? Elternwerden in Deutschland - Was brauchen Eltern an Unterstützung?

GfG Gesellschaft für Geburtsvorbereitung - Familienbildung und Frauengesundheit - Bundesverband e.V.
Ines Albrecht-Engel, Postfach 220106, 40608 Düsseldorf
Tel.: +49/211/252607
Fax: +49/211/202919
E-Mail: gfg@gfg-bv.de

Bildungszentrum Erkner,
Seestraße 39, D-15537 Erkner
8. und 9. Juni 2001

Wissenschaft, Praxis und Politik diskutieren über Interventions-, zielgruppenspezifische und pragmatische Unterstützungsangebote, die Schritte zu einem neuen Selbstverständnis des Lebens mit Kindern in Deutschland bilden und ein "positives" Klima für Kinder und Familien begründen.

Fachtagung "Familienplanung - Schwangerschaft - Geburt in anderen Kulturen"

aktion leben österreich im Auftrag des Bundesministeriums für soziale Sicherheit und Generationen
Fr. Putzi, Dorotheergasse 6-8, 1010 Wien
Tel.: +43/1/5125221
Fax: +43/5139840
E-Mail: info@aktionleben.at

Bildungshaus St. Magdalena,
Schatzweg 177, 4040 Linz
1. und 2. Oktober 2001

Mit welchen spezifischen Problemen kämpfen Frauen aus anderen Kulturen im Schwangerschaftskonflikt? Wie stehen sie zu den Themen Familienplanung und Geburt? Auf dieser Fachtagung werden Vertreterinnen verschiedener Beratungsstellen über "Familienplanung - Schwangerschaft - Geburt" speziell in den Ländern des ehemaligen Jugoslawien, in der Türkei und in der Kultur der Roma sprechen.